

Interview: Wie halten Sie's mit Putin?

Christoph Heinemann im Gespräch mit Tino Chrupalla, Vorsitzender AfD

"Informationen am Morgen", 6.4.2022, 6:50 Uhr

Christoph Heinemann: Sonntag, 27. Februar 2022: Bärbel Bas, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, blickt zur Tribüne des Plenarsaals:

O-Ton Bärbel Bas: „Auf der Ehrentribüne begrüße ich den Botschafter der Ukraine, Dr. Andrij Melnyk.“

Heinemann: Die Fraktionen des Deutschen Bundestages erheben sich, um den ukrainischen Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, zu begrüßen, stellvertretend für die Menschen in dem Land, das drei Tage zuvor von Putins Armee überfallen wurde. Aber nicht alle Fraktionen stehen; die Abgeordneten ganz rechts bleiben sitzen. Mehr noch: In ihrer Rede erwähnt die AfD-Co-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel den Namen Putin nicht einmal. Ihr Amtskollege Tino Chrupalla erklärt, Bundeskanzler Olaf Scholz habe den Kalten Krieg reaktiviert. Das 100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr bezeichnet Chrupalla als Wettrüsten und irre. Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab, ebenso Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Ende 2020 wurde Tino Chrupalla von Sergej Lawrow empfangen. Diese Aufmerksamkeit gewährt Putins Außenminister nicht jedem Oppositionspolitiker. Am Telefon ist jetzt Tino Chrupalla, Bundessprecher der AfD und Co-Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion, Wahlkreis Görlitz. Guten Morgen.

Tino Chrupalla: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Chrupalla, die AfD lehnt deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Womit sollten sich die Menschen in der Ukraine verteidigen?

Chrupalla: Ja. Unsere Position ist dort deutlich und klar, dass weitere Waffenlieferungen den Krieg ja nicht beenden. Das ist ja der Punkt, den wir immer wieder auch kritisieren. Mit Waffenlieferungen beendet man keinen Krieg. Hier muss es sofort zu Verhandlungen kommen. Hier müssen Diplomaten geschickt werden und keine Waffen, um den Konflikt so schnell wie möglich auch zu beenden. Das ist das Ziel. Selbst wenn wir die ukrainische Bevölkerung weiter aufrüsten, würde dieser Krieg nicht beendet. Im Gegenteil: Es würden noch weitere Opfer diesem Krieg auch zum Opfer fallen.

Heinemann: Womit sollten sich denn die Menschen bis dahin verteidigen in der Ukraine?

Chrupalla: Wir müssen nicht über weitere Kriegsrhetorik reden, wie sich die Menschen jetzt verteidigen sollten und wie sie weiter dort den Krieg vorantreiben sollten. Man muss natürlich auch immer sehen, in welcher Lage die Bevölkerung, vor allen Dingen die Zivilbevölkerung ist. Also heißt es hier, so schnell wie möglich den diplomatischen Weg

einzuschlagen. Das muss die Aufgabe der Bundesregierung, aber natürlich auch aller europäischen Partner sein, damit sich dieser Krieg nicht auf Europa weiter ausweitet.

Heinemann: Warum plädieren Sie dafür, dass sich der Stärkere durchsetzen sollte?

Chrupalla: Ich denke nicht, dass der Stärkere sich hier durchsetzen muss und sollte, aber wir müssen immer davon ausgehen, Russland ist eine Atommacht. Also von was sprechen wir hier? Wollen wir jetzt der Ukraine neue Panzer schicken? Wollen wir der Ukraine Luftabwehrraketen schicken? Wollen wir der Ukraine Atomwaffen zur Verfügung stellen? Wie soll der Konflikt so gelöst werden? Also heißt es hier: Diplomatie. Wir müssen hier versuchen, auch Russland einen Weg, einen Ausweg darzustellen. Das ist das Ziel, um so schnell wie möglich diesen Konflikt zu beenden, damit diesem Krieg nicht weitere Opfer zum Opfer fallen.

Heinemann: Sollten sich Länder grundsätzlich nicht verteidigen, wenn sie von größeren überfallen werden?

Chrupalla: Natürlich sollten sich Länder und können sich Länder, in diesem Falle auch die Ukraine verteidigen.

Heinemann: Womit denn?

Chrupalla: Das ist natürlich die Aufgabe, die Verteidigung eines Landes ist die Aufgabe des Landes selbst. Das ist ja genau die gleiche Aufgabe, die auch Deutschland die letzten Jahre absolut versäumt hat. Wir sind ja selbst nicht verteidigungsfähig.

Heinemann: Die Ukraine hat keine Waffen mehr. Sie braucht Waffen, um sich verteidigen zu können. Ich frage Sie noch einmal: Mit welchen Waffen, wenn nicht zugelieferten, sollte sie sich denn verteidigen?

Chrupalla: Ich glaube nicht, egal wie viele Waffen wir der Ukraine liefern könnten und sollten, dass sich die Ukraine gegen eine Atommacht wie Russland in dieser Form verteidigen könnte.

Heinemann: Herr Chrupalla, Sie haben am 27. Februar im Deutschen Bundestag gesagt, es darf in diesen Tagen aber nicht unser Ziel sein, den einen Schuldigen auszumachen. Wer ist Ihrer Meinung nach verantwortlich für den Krieg in der Ukraine?

Chrupalla: Als erstes haben wir immer deutlich gemacht, das habe auch ich deutlich gemacht, dass wir den Krieg, diesen Angriffskrieg Russlands, auf das Schärfste verurteilen. Er ist völkerrechtswidrig, da gibt es überhaupt keinen Zweifel. Das ist schon immer unsere Position gewesen. Von der schweifen wir auch nicht ab. Gleichwohl muss man sagen, dass natürlich in der Vergangenheit sehr wohl – und das muss man in der Nachbetrachtung, wenn dieser schreckliche Krieg beendet ist, mitberücksichtigen, welche Ursachen dieser Krieg auch hatte, und da gibt es wie bei vielen Kriegen mehrere Väter - auch in diesem Konflikt.

Heinemann: Schauen wir auf die AfD. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Kotré hat in einer Rede zum Thema Gasreserven im Deutschen Bundestag gesagt, in der Ukraine gäbe es Biowaffenlabore. Welche Folgen hat diese Äußerung für Herrn Kotré?

Chrupalla: Wir haben das gestern in der Fraktion besprochen und dort gerügt, genauso wie wir das am Montag im Fraktionsvorstand gerügt haben, dass Herr Kotré vor allem die Rede genutzt hat, über Gasspeicheranlagen zu sprechen und dabei abgeschweift ist und von Biowaffenlaboren gesprochen hat. Das ist klar von uns gerügt worden und davon haben wir uns auch distanziert, dass es in dieser Rede auch dazu keinen Platz hat.

Heinemann: Worin unterscheidet sich Herrn Kotrés Darstellung von der des Kreml?

Chrupalla: Das müssen Sie Herrn Kotré fragen, was sich jetzt daran unterscheidet. Fakt ist eins, dass es sehr wohl biologische Forschungseinrichtungen in der Ukraine gibt, die auch aufgeklärt werden müssen. Auch dort hat die WHO zum Beispiel zur Vorsicht aufgerufen. Wir wissen auch, dass zum Beispiel der Sohn von Joe Biden dort diese Labore mitfinanziert hat, und dann muss man durchaus die Frage stellen können und dürfen, was es damit auf sich hat und warum diese Labore von Amerika und auch vor allem vom Sohn des US-Präsidenten mitfinanziert werden. Was ist der Grund? Was wurde dort erforscht? Was wurde dort experimentiert?

Heinemann: Das heißt, Sie geben Herrn Kotré recht?

Chrupalla: Nein, ich gebe nicht Herrn Kotré recht, weil ich nicht von Biowaffenlaboren rede. Bestätigt sind biologische Forschungseinrichtungen und das muss man auch im Nachgang natürlich überprüfen beziehungsweise auch hinterfragen dürfen. Das gehört mit zur ehrlichen Analyse dazu. Noch mal: Herr Kotré hat seine Rede in der Weise missbraucht, um dort auf Biowaffenlabore hinzuweisen, die es nachweislich so nicht gibt. Diese Inhalte gehören auch nicht in diese Rede.

Heinemann: 18 Abgeordnete der AfD-Bundestagsfraktion haben jetzt Ordnungsmaßnahmen gegen den stellvertretenden AfD-Fraktionsvorsitzenden Norbert Kleinwächter gefordert, weil der in einer Rede im Europarat am 15. März den Ausschluss Russlands aus dem Europarat gefordert und anschließend auch für den Ausschluss gestimmt hat. Können Sie erklären, warum wegen der Forderung eines Ausschlusses Russlands aus dem Europarat Ordnungsmaßnahmen gefordert werden, die Wiederholung der Kreml-Propaganda aber folgenlos bleibt?

Chrupalla: Es wurde beides. Es ist erstens falsch, Herr Heinemann, was Sie gerade sagen, dass die Aussage von Herrn Kotré folgenlos blieb.

Heinemann: Welche Folgen hat das für Herrn Kotré?

Chrupalla: Wir haben es gerügt und es wird in der nächsten Fraktionssitzung sicherlich dazu auch noch mal eine Aussprache geben. Von daher: Sie können nicht sagen, es ist folgenlos geblieben. Was bei Herrn Kleinwächter der Fall ist: Es ist nicht die Aussage, die er im Europarat getätigt hat, der Grund der Rüge gewesen, sondern auch seine Twitter-Nachricht nach der Rede von Herrn Kotré, die er als Fraktionsvize öffentlich gemacht hat. Das wurde

genauso gerügt, weil das intern besprochen werden muss als allererstes, bevor wir überhaupt nach außen solche Statements abgeben, und das ist der Grund gewesen.

Heinemann: Machen wir weiter! Hans-Thomas Tillschneider, AfD-Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt, hat eine Tagesschau-Meldung mit dem Titel „Russland greift an“ zu Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine auf Twitter mit den Worten kommentiert: „Falsch! Russland wehrt sich.“ Und am 28. Februar, also vier Tage nach Beginn des Krieges, hat Herr Tillschneider auf einer Demonstration in Querfurt gesagt, Wladimir Putin verteidigt russische Interessen und das ist sein gutes Recht. Welche Folgen haben diese Äußerungen?

Chrupalla: Also wissen Sie, ich fange jetzt nicht an, einzelne Aussagen von Landtagsabgeordneten unterschiedlicher Fraktionen, die ich zum Teil nicht mal selbst kenne und auch nicht ...

Heinemann: Sie sind der Parteivorsitzende, zur Erinnerung nur kurz.

Chrupalla: Entschuldigung! Ich kann nicht jede Aussage, die Sie mir jetzt vorlesen, von irgendwelchen Plenarreden aus einem Landtag hier auch wissen und dazu Stellung beziehen. Wenn diese Aussagen so getätigt sind, dann sind die natürlich falsch und dann muss man diese auch zurückweisen. Ich weiß auch nicht, in welchem Kontext Herr Tillschneider die gesagt hat. Dann reden Sie bitte mit Herrn Tillschneider selbst darüber.

Heinemann: Ich spreche aber jetzt gerade mit Ihnen, zum Beispiel auch über den sächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Jörg Dornau, der laut Wikipedia auf Facebook geschrieben hat, die Ukraine wird entnazifiziert. Woher, Herr Chrupalla, stammt diese Idee einer Entnazifizierung der Ukraine?

Chrupalla: Auch hier noch mal bitte, Herr Heinemann: Fragen Sie bitte Herrn Dornau selbst, was er damit gemeint hat. Ich fange jetzt nicht an, einzelne Aussagen auf die Richtigkeit zu überprüfen beziehungsweise die jetzt hier in den Kontext dieses schrecklichen Krieges zu setzen. Das will ich hier ganz klar sagen. Und noch mal: Mich erschüttern diese Bilder, auch die Bilder, die wir aktuell aus Butscha sehen, zutiefst und ich möchte auch, dass wir hier als Politiker, aber auch genauso als Medien verantwortungsbewusst mit diesen Dingen umgehen. Die müssen aufgeklärt werden. Kriegsverbrechen müssen aufgeklärt werden. Das sollte auch von unabhängiger Stelle wie von der OSZE geleistet werden. Wir brauchen hier endlich in diesem Land eine Friedensrhetorik und keine Kriegsrhetorik und darauf möchte ich hinwirken und das ist auch meine Aufgabe als Bundessprecher.

Heinemann: Vielleicht auch Ihr Appell an Gunnar Lindemann, das AfD-Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, der Mitte Februar Aufnahmen von einem Feuerwerk postete, als Putin die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk anerkannte. Herr Lindemann war auf Fotos mit der selbsternannten Außenministerin von Donezk zu sehen und verbreitete die Behauptung aus Moskau, dass Kiew angeblich Angriffe plane. Herr Chrupalla, inwiefern unterscheidet sich die Haltung und die Sprache von AfD-Politikern von der des Kreml?

Chrupalla: Wissen Sie, Sie machen genau das weiter, was ich gerade erst kritisiert habe. Ich fange jetzt nicht an, einzelnen Abgeordneten, was die gepostet, gesagt oder sonst wo haben, hier zu bewerten. Das ist nicht meine Aufgabe.

Heinemann: Herr Chrupalla, Sie sind der Partei- und Co-Fraktionsvorsitzende. Haben Sie einen der Herren einmal zur Rede gestellt?

Chrupalla: Natürlich rede ich mit diesen Personen. Das werde ich nicht in der Öffentlichkeit tun; das mache ich intern. Und noch mal: Ich habe es ja gerade gesagt. Sie haben es gerade auch wohlwollend aufgegriffen. Wir brauchen eine Friedensrhetorik und keine Kriegerhetorik. Das ist meine Aufgabe, darauf wirke ich auch hinein, in meine Partei, in meine Fraktion. Das ist die Aufgabe, damit wir so schnell wie möglich diesen schrecklichen Konflikt, diesen schrecklichen Krieg auch beenden können.

Heinemann: Wenn Sie eine Friedensrhetorik wollen, welche Folgen haben dann die zitierten Äußerungen für Hans-Thomas Tillschneider, für Steffen Kotré, Jörg Dornau und Gunnar Lindemann?

Chrupalla: Wissen Sie, es gibt Äußerungen von Friedrich Merz, von anderen Politikern der CDU, von Norbert Röttgen, die ich ...

Heinemann: Wir reden aber gerade über die AfD. Sie sind der Fraktions- und Parteivorsitzende.

Chrupalla: Ja, das wissen wir nun. Das haben Sie ja mehrmals gesagt, dass ich der Partei- und Fraktionsvorsitzende bin. Ich möchte Ihnen diese Vergleiche durchaus mal aufstellen, wie hier mit Kriegerhetorik auch anderer Parteien umgegangen wird, die genauso zum Teil erschreckend sind, und das möchte ich ...

Heinemann: Wie gehen Sie denn mit den Kriegerhetorikern in Ihrer Partei um? Darum geht es jetzt heute Morgen.

Chrupalla: Ich habe Ihnen ja gerade gesagt, dass ich das intern kläre, und damit ist die Frage ja beantwortet. Noch mal: Wenn ich Kriegerhetorik höre von Friedrich Merz und Norbert Röttgen, die uns eher in einen Dritten Weltkrieg führen, als diesen Konflikt zu beenden, macht mir das viel mehr Angst und bin ich wesentlich besorgniserregter, als wenn Sie mir hier jetzt einzelne Äußerungen von einzelnen Parteimitgliedern auf Landesebene vorlesen wollen.

Heinemann: Zurück zu unserem Thema, Herr Chrupalla. Warum kann sich Wladimir Putin auf die AfD verlassen?

Chrupalla: Wladimir Putin kann sich nicht auf die AfD verlassen. Das ist auch Unsinn. Und es ist auch immer Unsinn zu sagen, dass wir die Vasallen von Wladimir Putin sind. Was die AfD als einzige Partei mittlerweile im Deutschen Bundestag hier vertritt, sind die deutschen Interessen und darum geht es der Alternative für Deutschland, die deutschen Interessen zu vertreten, und das bedeutet, dass wir diesen Konflikt nicht weiter anheizen wollen mit Waffenlieferungen, dass wir Wirtschaftssanktionen ablehnen, die vor allem uns selbst, Deutschland schaden, weil das werden wir die nächsten Monate und vielleicht sogar Jahre erleben. Die Energiesicherheit ist stark gefährdet, die Inflation wird dadurch noch mit angetrieben. Hier müssen wir für unsere Bevölkerung, für unsere Wirtschaft, für unseren

Mittelstand eintreten, der von diesen Sanktionen mehr betroffen ist als Wladimir Putin selbst.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.